

Volks-Zeitung

Mit „Jede Woche Musik“ Moden-Zeitung Sport-Zeitung Film-Zeitung Haus u. Garten-Ztg. Techn. Zeitung KLAR, WIND SCHWACH BERLIN Witzblatt „ILK“

Schlesener Allee 14, Schiffbauerdamm 4, Hallesbergstrasse 70, Fennert 1, Mühlentrasse 18, ... Druck und Verlags Rudolph Mosse, Berlin S.W.

Republikanische Union an die Front!

Ein Aufruf zur republikanischen Aktion - Auch das Zentrum ist empört über die Scholz'sche Extratur

Mittwoch, 7. Dezember.

Die „Reinische Zeitung“, das führende Organ der christlichen Sozialdemokraten, richtet an die Führer der Republikanischen Union, Müll, Haas und Böbe, in ihrer heutigen Nummer einen offenen Brief, in dem sie darauf hinweist, daß der Kulturbloch, der sich gebildet hat, eines Tages zu einem politischen Bürgerblock von Dauer werden könne. Die Republikanische Union müsse angedacht dieser Gefahren eine Zusammenfassung der politischen, parlamentarischen Kräfte der republikanischen Parteien zu erzielen suchen und auf eine soziale, demokratische Aktion hinarbeiten. Eine solche Einigung müsse zunächst für die Reichsverordnung, die Justizreform, für das Arbeitsgesetz und Schulgesetz geschaffen werden. Das genannte Blatt schließt seinen offenen Brief mit folgenden Worten: Wir glauben, die Republikaner und ihre Union haben keine Zeit mehr zu verlieren. Es ihnen in Zagen kann die feinsten alle innerpolitisch zu einer Aktion drängen. Jedem falls glaubt kein Unterdrücker, daß die jetzigen ungemessenen Regierungen- und Mehrheitsverhältnisse länger als nur wenige Wochen ertragen werden können. Im Reichstag fällt die innerpolitische Entscheidung. Der sind Hilfe, aber gefährliche Kräfte am Werke, die nicht nur Verarmung, zu Verarmung eilen, aber die Fraaktionen zu lenken und Mitten zu legen wissen. Dort im Reichstag in den Fraaktionen und zwischen den Fraaktionen muß sich zeigen, ob die Republikanische Union eine Kraft ist, oder nur ein Schaugebilde.

\*

Es wird auch in Berlin keinen Republikaner geben, der nicht diesen offenen Brief mit voller Zustimmung begrüßte. Es ist sehr schön, große Verarmungen zu verurteilen, von förmlichen Rundgebungen umbraut zu werden, in Zeitschriften wachhaltige Worte für die Tagesfragen zu den grundsätzlichen Dinge zu finden. Gut, so etwas muß auch sein. Aber unendlich wichtiger und wichtiger Dinge entscheidend für die nächste Zukunft der Demokratie in Deutschland ist es, ob es in den Kreisen der Republikaner Männer der zuspätkommen Tag gibt oder nicht. Man kann über die Fehler einzelner Parteien besonders in den letzten Wochen denken, wie man will - soll man deshalb vertragen, den Gedanken der großen Koalition, die man schon lange, aber nicht mehr in allen republikanischen Lagern erkannt hatte, wieder fallen lassen. Soll man Herrn Scholz tatsächlich die Rolle des Zerstörers der großen Koalition überlassen? Ist es nicht vielmehr nötig, daß nunmehr die republikanischen Kräfte,

die beim Schundgebet behauerlich auseinanderfielen, wieder gefaßt werden, daß eine straffe Führung sie so zusammenhält, daß keine Scholz'schen oder sonstigen Anträgen wieder einen Keil zwischen sie schieben können. Diese Rolle aber, das, was zusammengehört, wieder untrennbar zu einigen, fällt der republikanischen Union zu, deren Führer die Einigung der Republikaner vor breiter Öffentlichkeit gelöst haben.

Soll diese Einigung erst wieder hergestellt, dann wird sich selbst Herr Scholz lösen müssen, daß seine Extraturen zwecklos seien und nur sehr schamlos dazu führen könnten, ihn als Vorhänger einer Fraaktion, die politisch ernst genommen werden will, unmöglich zu machen.

Bürgerblock unmöglich

Mittwoch, 7. Dezember.

Unter der Ueberschrift „Eine folgenreiche Extratur“ richtet die „Reinische Zeitung“ scharfe Angriffe gegen den deutsch-politischen Parteiblock, der in Berlin wegen seiner Rede in Ankerburg, das Blatt schreibt. Es ist kein Geheimnis, wenn wir mitteilen, daß man in Kreisen der Reichsregierung über diese Wenden in der Rede des Abgeordneten Scholz nicht nur überredet, sondern auch verstimmt ist. Wir müssen zunächst das hier unter hielten Verurteilung darüber Ausdruck geben, daß Herr Scholz in einer derart herausfordernden Weise in scheinbare Verbindungen eingetreten hat. In der Zeit war notwendig, die Frage der Arbeitslosigkeit durch eine ruhige und sachliche Diskussion mit den Sozialdemokraten zu einer Lösung zu bringen, nachdem sich die Regierungsparteien untereinander geeinigt hatten. Wenn der Führer einer Regierungspartei, die an den Zusammenhängen über eine bestimmte Verhandlungsmethode beschäftigt ist, es leicht für angebracht hält, in einem so kritischen Augenblick das Vorhaben zu verlassen, was überhaupt noch übrig ist, dann muß man sich doch erstlich die Frage stellen, wieviel Unabhängigkeit der Absicht im Spiel ist. Man möchte doch allen Beteiligten den Rat geben, die unrichtige Lage, die an inneren Spannungen schon an sich reich genug ist, nicht unbedingt in eine offizielle Krise auszulassen zu lassen. Wie erwarten, daß man auch von Seiten des Zentrums Herrn Scholz ohne Umschweife bezeichnen wird, daß Politik nicht gemacht werden kann, wenn man gegenseitige Vereinbarungen trifft und nur einen Teil davon in einer öffentlichen Rede desavouiert.“ Im Zusammenhang mit dieser Kritik äußert die „Reinische Zeitung“ die folgenden Gedanken: Man möchte sich den Gedanken erinnern, der in der Rede des Abgeordneten Scholz, Stegengrad warnt darin vor einer Rechtsopposition und lehnt die folgenden Worten ab: „Zu den rückwärts drängenden Kräften die unter den gegenwärtigen Verhältnissen bereits in der großen Koalition vorhanden sind, auch jene zu einer Demokratischen Partei heranzuziehen, die sich in der deutschen nationalen Volkspartei placiert haben, ist für die, die in die Zukunft sehen, eine politische Unmöglichkeit.“

Schnelldienst

Die österreichische Regierung hat beschlossen, eine internationale Aktion zur Verdrängung der Kuba in allen Staaten einzuleiten. Der Parteivorstand der deutschnationalen Volkspartei hat nach Bedenken der politischen Ausrede den General Schöpp einmütig zum Parteivorschreiber ernannt. Der englische Schachspieler Winston Churchill, der sich eine Woche lang Paris aufgehalten hat, hat heute die Rückreise nach London angetreten. Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 28. Dezember 1.496.100, was gegenüber der

Wormsche eine Verminderung um 18.824 bedeutet. Der König von Schottland hat den Führer der Bauernfaktion, Abgeordneten Richard, mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Der heute Mitternacht ob hat die englische Regierung die freie Ausfahrt nach Kuba, mit Ausnahme des Antillen, genehmigt.

Der Austritt des jugoslawischen Kabinetts ist mit großer Wahrscheinlichkeit nicht möglich.

Die in England angestrichelten britischen Marinevertritte werden ausgedrückt werden, nachdem die öffentlichen Angelegenheiten der britischen Regierung ausgetauscht hatten.

Deutschland, Frankreich und Italien

Mussolinis Ratifizierungspolit

Von unserem Korrespondenten

Alfred Sternstein (Rom)

Die Abende am Genfer See werden wahrscheinlich etwas bechaulicher verlaufen als das letzte Mal. Die Abende sind sich nicht festschreiben. Auf den Abend nach folgen Italienern immer noch Winterfröhen, die auch kaum zu Ausflügen nach reibungsarmen Gestirnen verleiten dürften. Das Barometer liegt auf Veränderung, es ist nicht zu leugnen, genau wie die Luftlage, daß nach dem verheißungsvollen Frühling weitere Einladung des Marinannes erfolgt ist. Ueber die deutsch-französischen Annäherung, unerfüllte Hoffnungen und berechtigte Wünsche, zu haben und drüben genug gesagt worden. Zugaben, daß die Konzeption etwas zu leichtig waren, daß die Anzahl der Bankette nicht dem real. Erreichten entsprach, nur Toren oder jene Kreise, die ständig im Gegenpfeiler zu dem von ihnen so oft und so falsch zitierten fault stellen, können den inneren Fortschritt seit Thoiry leugnen. Jahrgangszahl gehörte der Begriff des „Gründens“ zum Ratschismus, der der heranwachsenden Jugend eingepaukt wurde, und jetzt schreit Konzeption, weil der ersten französischen Annäherung nicht nach vorchristlicher Zeit das Wunderkind der Volkstriebe entpringen will.

Parallel mit dieser Festimmung, die agitatorisch gehört wird, laufen andere Geschehnisse, die Atmosphäre des Vertrauens, ohne die ein Finale zwischen Berlin und Paris überhaupt nicht möglich ist, weiter trüben und den Vertrauen nur noch verneinen. Wie immer zu Zeiten der Unklarheit, leuchtet der Schatzen Mussolinis wie ein Meteore an der Wand auf. Die italienische Politik hat es zu allen Zeiten meisterhaft verstanden, den tertius gaudens zu spielen und aus der jeweiligen Konstellation die günstigsten Schlüsse zu ziehen, und der Falco, der sich ja zu dem in politischen Mitteln Kruppelaffen geistigen Alben Macchiavelli bekennt, siegere diese Kunst des Opportunismus zu einer gewissen Virtuosität. Jeder Staat betreibt die Politik, die ihm best. Es fragt sich nur, ob sie unferen Interessen ebenbü dienlich ist, und ob man bei diesem Verfahren auch den richtigen und zuverlässigen Partner erfährt. Im Augenblick, als die Standaflaire Garibaldi lösung, als nach dem Aktentat die hiesigen Patrioten ihrer Vaterlandsliebe dadurch Ausdruck geben zu müssen glauben, daß sie französische Hochzeiten angelegten, konnte man sicher sein, daß nun dem deutschen Geschehn Schmalen in die Ohren flingen würden.

Es ist gewiß äußerst schmachtlich, aber unsere Leistungsfähigkeit, Energie, Klugheit, Disziplin und sonstige germanische Tugenden“ jezt so viel zu lesen und im persönlichen Verkehr zu hören, aber leider ist die Welt zu spärlich, um nicht bestimmt zu werden, denn dieser Strengensgang löst sich zu hundertmalen Gebären, sondern zwischen Klappen. Bisweilen gewinnt man allerdings den Eindruck, daß die Wilhelmstrasse anderer Meinung ist. Jezt, wo wir über Nacht wie im Märchen plötzlich ein offizielles Blatt besitzen, entsinn man sich, daß schon im Sommer die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ eine Artikelreihe herausbrachte, die offensichtlich der deutsch-italienischen Annäherung dienen sollte, und der Berliner Korrespondent hielt es unlangst für nötig, den italienischen Ministerpräsidenten zu interviewen. Salamoniische Weisheiten wurden nicht verlaubar. Viel besseres Material, allerdings in ungeschicktem Sinne, findet sich in den zahlreichen Reden. Kein vernünftiger Mensch wird gegen einen Modus vivendi mit Italien etwas einwenden haben, wie ja auch die dieser Lage beendigten Verhandlungen zum Handshakekommen beweisen, aber zwischen freundlich geäußerten Be-

Noch immer kein Ministerpräsident

Auch der zweite Wahlgang in Sachsen gescheitert

Dresden, 7. Dezember.

Der sächsische Landtag hatte auf seiner heutigen Tagesordnung wiederum die Wahl des Ministerpräsidenten tehen. Der Kandidat der sozialistischen Fraktion, Hermann Pleisner, vernichte auf sich wieder die 31 Stimmen der Sozialisten und die 14 Stimmen der Kommunisten. Die übrigen Fraktionen wählten, wie voriges Mal, ihre Vorhänger, mit Ausnahme der Fraktionen der Nationalsozialisten und der Arbeiterpartei. Die beide für den Vorhänger der Fraktion der Wirtschaftspartei stimmten. Für die Ratifizierung innerhalb der Aufwertungspartei ist es bezeichnend, daß ihre Abgeordneten sich in Sandtage der Wirtschaftspartei anschließen, die bei ihrer letzten Versammlung in Dresden die Sozialistische gebildet gerade diejenige Interessen vertreten, die denen der Aufwertungspartei vertretenen Hypothekengläubiger und Sparer entgegensteht.

Die durch die Besetzung bestimmte absolute Mehrheit, die es Stimmen betragen müßte, wurde wiederum nicht erreicht, so daß der Landtagspräsident verfallen mußte, daß auch die zweite Wahl des Ministerpräsidenten resultatlos verliefen ist.

Kohlenot im Ruhrgebiet

Die Bäder können nicht baden

Hildingshausen, 7. Dezember.

In einem Teil des Ruhrgebietes ist die Kohlenot so groß, daß sich sogar die Bäderbetriebe verweigern können, einzelne und die Bäder zur Abgabe größerer Mengen Kohle an die privaten Besucher zu bewegen. Der Untermann vom Sork hat an den Reichshofkommisnar in Berlin ein Telegramm gerichtet, in dem er um Auf-

hebung der Kohlenrationierungsbestimmungen für die Gemeinde Sork ersucht.

Außerordentlich zwei Hohen Sörgen wurden sticht ein Teil der Gemeinverordneten vor der Landtag, infolge des Kohlenmangels nicht weiter arbeiten zu können. Die Schulen haben keine Kohlen mehr. Einige Bäder wissen nicht, wie sie ihren Betrieb die Woche hindurch weiterführen sollen. Der Untermann hat mit den Bezirksverordnungen verhandelt. Die Bezirksverordnungen berieten sich auf die Verwendung des Kohlenformhars und erklärten, vor dem 15. Dezember keine großen Kohlenmengen für den Landtag abgeben zu können.

Rufmann - ist wieder im Amt

Das Disziplinerverfahren kommt noch

Der viel genannte Affairer Dr. Rufmann ist - nach längerem Urlaub - beim Amtsgericht Pantow wieder als Hilfsrichter eingesetzt worden. Dazu erklärt das preussische Justizministerium: „Gegen Rufmann ist ein Disziplinerverfahren, dessen Gang vom Generalstaatsanwalt beim Kammergericht dauernd verfolgt wird, insbesondere auch nach der Richtung hin, ob die Ergebnisse des Verfahrens zu rechtfertigen, den Rufmann auf Amts Suspension zu verzichten. Solange eine solche Suspension nicht ausgesprochen ist, kann dem Affairer Rufmann eine Beschäftigung im Justizdienst nicht verweigert werden.“ Diese Erklärung zeigt, wie reformbedürftig die bisherige Art des Disziplinerverfahrens gegen Richter ist. Es ist jedenfalls zu erwarten, daß das Disziplinerverfahren so sehr wie möglich beschleunigt wird. Denn es ist ein Liebling, daß ein Mann, auf dem so viele und schwere Verdähte lasten, als Richter amtet.



# Preußens Finanzen sind gesund

Der Etat für 1927

Der preussische Staatsrat beriet am Dienstag nachmittag im Plenum über den Etat 1927, mit dem sich der Haushaltsplan bereits in zwei Lesungen beschäftigt hatte.

Finanzminister Dr. Adolph Hoffmann gab dabei einen **Rebericht über den Etat 1927**. Er bemerkt zunächst darauf, daß die **Einahmen zum wesentlichen Teil auf Heberemittlungsleistungen** beruhen. 75 Prozent der Einnahmen- und Körperpensionsleistungen hätten Länder und Gemeinden auch im kommenden Jahre zu bestreiten. Während das Gesamtaufkommen an Einnahmen- und Körperpensionsleistungen 1926 mit 2.350.000.000 berechnet gewesen sei, betrage das Budget für 1927 2.750.000.000 als Aufkommen der Einnahmen- und Körperpensionsleistungen ein 75 Prozent von dieser Summe berechnet, made für Steuern ein Höhe von 884 Millionen aus. Bei der **Im Jahre 1927** habe man denselben Betrag wie im vorigen Jahre eingeholt. Es sei aber fraglich, ob die **Beitragssätze** des Reiches aufrecht erhalten werde. Bei den **preussischen Steuern** seien keine wesentlichen Veränderungen festzustellen. Die **Lebenshilfe der Betriebsverwaltungen** seien geringer eingestellt. **Namentlich** seien die **Einnahmen bei der Sachverwaltung** zu hoch eingestellt gewesen. Der **Zustand der Sachverwaltung** sei ohne die **Staatshilfen** geringer, unter Einwirkung der **Staatshilfen** aber wesentlich höher.

**Neu eingestellt seien 10 Millionen für Wohnungsgeldzuschüsse mit Rücksicht auf weitere Erhöhung der Mieten und 22 Millionen für verstärkte Bauunterstützung.**

Für **unterschiedliche Erwerbslosenunterstützung** seien keine Beträge eingestellt; die **produktive Arbeitslosenunterstützung** werde auf künstliche Weise. Nach den **Verhältnissen** der **Lebenshaltung** der Betriebsverwaltungen und der **Steuern** und **Abgaben** 1918 Millionen benötigt die **Staatsverwaltung** aus dem **Etat** sei ein **Umschlag**.

Der **Minister** ging **jetzt** auf eine Reihe von **Veränderungen** angestrichelter Fragen ein, u. a. auf die **Frage der Staatsoper**. Von einer **Eigenmächtigkeit** der **Staatsregierung** könne keine Rede sein. Der **Minister** sei **notwendig** aus **verfassungs- und gesundheitspolitischen** sowie **betriebswirtschaftlichen** Gründen. **Im** den **Neubau** sei **nicht** herausgefunden, **wenn** man die **Staatsoper** überhaupt an einer **anderen Stelle** lassen will.

Der **Minister** sprach **dann** noch von den **beruflichen Verhandlungen** über den **Finanzvergleich**. Der **Entwurf** der **Verordnung** **bedeutet** für die **Länder** eine **unannehmbare Verschlechterung**, weil er den **Ländern** die **Garantie** für das **Landeshaushalts** **entzieht** **und** **ebenfalls** **die** **anderen** **Länder** **eine** **Abänderung** **fordern**. **Preußen** **mußte** **weiter** **darauf** **bestehen**, **daß** **die** **Politik** **nationalen** **und** **internationalen** **Verhältnissen** **entsprechend** **sein**, **und** **es** **mußte** **weiter** **im** **Interesse** **der** **Gemeinden** **bestehen**, **daß** **die** **Staatsregierung** **nicht** **mit** **dem** **1. April 1927** **besteht**, **da** **sonst** **der** **Ausfall** **bei** **der** **Getreideernte** **von** **den** **Gemeinden** **nur** **durch** **die** **Verpflichtung** **der** **Gewerbesteuer** **wieder** **eingeträgt** **werden** **könnte**.

**Sein** **Schluss** **weist** **der** **Minister** **darauf** **hin**, **daß** **der** **preussische** **Etat** **selbst**, **daß** **die** **finanziellen** **Verhältnisse** **Preußens** **durchaus** **gesund** **bleiben**.

**Dem** **nach** **war** **die** **Sitzung** **beendet**. **Die** **nächste** **Sitzung** **ist** **am** **Donnerstag** **stattfinden**.

# Coolidge für Abrüstung

Internationale Meinungsverschiedenheiten müssen friedlich beigelegt werden

Washington, 7. Dezember.

Präsident Coolidge hat die Abrüstungsfrage in den Mittelpunkt seiner Politik an den Kongress gestellt, die heute auf dem Capitol verhandelt wurde. Am wichtigsten war die Entscheidung, daß der Präsident seinen Plan einer neuen internationalen Konferenz zur Beschränkung der Bewaffnungen keineswegs aufgegeben hat. „Am geeigneten Zeitpunkt“, erklärt Coolidge in der Rede, „werde ich bereit sein, den praktischen Richtlinien gemäß weiter fortzusetzen zum Abschluß von Verträgen, die das auf der Washingtoner Konferenz von 1920 begonnene Werk weiterführen sollen.“ Andererseits betont der Präsident aber auch:

„Die Bereitschaft der amerikanischen Regierung, weiterhin bei den Genfer Abrüstungsfragen mitzuwirken.“

„Wir haben seit Jahren mit Nachdruck auf die Nationen eingewirkt, damit sie Abrüsten, und schließlich erst wieder in Genf unter Verantwortlichkeit Andrus vertriehen. Verträge zur Beschränkung jeder Art Kriegswaffen wurden abgesehen, gemäß den Maßstäben, die auf der Washingtoner Konferenz angenommen wurden. Dieses unser Angebot ist noch immer in Kraft.“ Die Vereinigten Staaten mühten sich für ausreichendes militärisches Gleichgewicht, während der Welt, würden sich darum aber keineswegs auf einen Waffnungswettbewerb einlassen. Dabei dürfe Amerika allerdings nicht vergessen, daß der Frieden, dessen es sich jetzt erfreue, mit den Schwere gewonnen worden sei und die nationale Verteidigung dafür kaum nicht vernachlässigt werden. Grundgedanke, sagt der Präsident hinzu, sei die Außenpolitik der Regierung eine solche des Friedens: „Die ganze Welt weiß, daß unser Einfluß in

seinem vollen Maße gegen den Krieg und für den Frieden, gegen Anwendung der Gewalt und für Verhandlungen, Schiedsgericht und Schlichtung als einer Methode zur Beilegung internationaler Meinungsverschiedenheiten ins Gewicht fallen soll. Wir sind gegen jeden aggressiven Krieg.“ Die Vereinigten Staaten empfänden aufrichtige Freundschaft für alle Völker und

bei Erörterung der Kriegsschuldenfrage solle nicht vergessen werden, daß die Schuldverhältnisse sich große Opfer auferlegt hätten, um den übernommenen Verpflichtungen nachzukommen.

Die Schuldner hätten ihrerseits aber auch loyalerweise die Heiligkeit der Verträge anerkannt — eine Bemerkung, die in der leidigen Schulddebatte zum ersten Male in der amerikanischen Geschichte und mit Bezug auf die deutsche Reparationsfrage (Schuld) dahin ausgelegt werden kann, daß Amerika vor allem auf die prinzipielle Anerkennung der internationalen Schuldverpflichtungen Gewicht lege, in der Sache selbst aber sich nicht auf den Zuschuß von Reparationen will.

Mit Bezug auf die Zollpolitik lehnt Coolidge jede Konzeption an die Freihändler ab. Von den zahlreichen Abschnitten der Politik, die sich mit legislativen Gegenständen beschäftigen, verdient derjenige noch besondere Erwähnung, der die Stellungnahme zur Frage der Freigabe des fremden Eigentums enthält. Der Präsident bekräftigt in diesem Abschnitt die amerikanische Politik, das Privatvermögen fremder in der freien Verfügung zu lassen, erklärt aber gleichzeitig, daß die Freigabe des deutschen Eigentums nicht erfolgen könne, solange es als Sicherheit für die Befriedigung der amerikanischen Forderungen benötigt werde, eine solche gesetzgeberische Regelung sei jedoch zu wünschen.

## „Von Dämonen getrieben“

Mord in Wohnort

Bautau (Pfalz), 7. Dezember.

In Niederfeld (Pfalz) wurde die 28 Jahre alte Frau Genevieve Wirth von der 21jährigen Nachbarin Bogelweiss ohne jegliche Ursache ermordet. Die Täterin behauptet, von Dämonen zu diesem Verbrechen getrieben worden zu sein, die ihr gehorchen hätten. Ein scharfgeschliffenes Messer zu nehmen und Frau Wirth zu töten.

## Von einer Lawine verschüttet

Drei Personen getötet

Martinsch (Santon Badi), 7. Dezember.

Einem zehn Mann die und Stangen des Holzjags auf dem Großen St. Bernhards, die sich im Stöhnen äßen, wurden von einer Lawine überrollt. fünf Stangen wurden von der Lawine fortgerissen. Während zwei gerettet werden konnten, kamen drei ums Leben.

## Handelsdienst

Amliche Butternotierungen vom 7. Dezember. 1. Qualität 1.80  $\frac{M}{kg}$ , 2. Qualität 1.75  $\frac{M}{kg}$ , abfallende Butter 1.49  $\frac{M}{kg}$ . Lustlose Berliner Nachbörse. Für die gestrige Berliner Nachbörse war die Tendenz vollständig lastlos, nur für Schiffahrtswerte zeigte sich im Zusammenhang mit Preisabweichungen erneut Nachfrage. Norddeutscher Lloyd zogen von 165 auf 100% p.c.t., Paketfahrt von 100% auf 120 p.c.t. an. In Reaktion auf die Abschwächungen im Laufe des offiziellen Verkehrs konnten sich I. G. Farbenindustrie von 309 auf 310 p.c.t. erholen. Montanwerte lagen eher schwächer. Rheinthal waren mit 180 p.c.t., Harpener mit 181% p.c.t., Phönix mit 125 p.c.t. und Gelsenkirchen mit 188% p.c.t. zu hören.

## Berliner Produktenverkehr

Die ausländischen Marktergebnisse, die zum Teil etwas schwächer lauten, boten heute keine Anregung. Für das vorliegende argentinische Offerten in Weizen zeigte sich kaum Interesse, vom Inlande blieb Weizen nur mäßig angeboten, und bei dem andauernd sehr schlechten Weizenmehlgeschäft zeigen die Mühlen keine sonderliche Kaufneigung. Auch im Getreideverkehr blieb der Umsatz sehr gering und in den Anfangsnoteierungen bestanden nur für Dezember eine leichte Abnahme schwächerer spätere Sichten eröffneten unverändert. Roggen kommt in deutschem Roggen kaum nach hier zum Angebot, da die Mühlen der Provinz gleiche Preise wie Berlin zahlen. Lappland-Roggen war ent-

gegenkommen angeboten, so dass sich hierfür einiges Interesse kundgab. Handelsrechtlich Lieferungen lag still und eine Kleinigkeit schwächer. Gerste wird in guten Qualitäten aufgenommen, jedoch sonst aber still. Hafer ist angeboten und wenig verändert. Prozenz stark abwärts bieten seit einigen Tagen eine Stütze. Mais kam wieder verschiedentlich zum Ankauf. Roggenmehl behauptet.

Die amtlichen Notierungen am Fruchtmittel waren: 1000 frei Wagen oder ex Waggon per 100 kg (in Reichsmark): Hafer gut 200–210, mittel 195–205, Wintergerste 220–230, Sommergerste 195–205, Patzengerst 200–210, kleiner Mais 220–230, Taubenerbsen 400 bis 420, Roggenkleie 130–140, Weizenkleie 130–140. In Amtliche Heu und Stroh-Notierungen (Zerlegungsbasis) per 50 kg ab märkischer Station für den Berliner Markt (in Reichsmark): Quadrathalm fruchtgerst, Roggenstroh 1.10–1.20, Haferstroh 0.95–1.05, doppel Gerstenstroh 0.85–1.05, doppel Weizenstroh 1.00–1.25, Roggenstroh 1.15–1.20, bindelgerst, Roggen- und Weizenstroh 1.20–1.30, Blackst 2.25–2.40, handelsüblich, Heu 1.80–2.15, gutes Heu 2.75–3.40, Melilthheu los —, Kleehheu los 3.00–4.00, Thymothee 3.75–4.25.

Warentechnische Notierungen für Textil, Textilien und die Wolle: Vliere 3.11, 3.12, 3.13, 3.14, 3.15, 3.16, 3.17, 3.18, 3.19, 3.20, 3.21, 3.22, 3.23, 3.24, 3.25, 3.26, 3.27, 3.28, 3.29, 3.30, 3.31, 3.32, 3.33, 3.34, 3.35, 3.36, 3.37, 3.38, 3.39, 3.40, 3.41, 3.42, 3.43, 3.44, 3.45, 3.46, 3.47, 3.48, 3.49, 3.50, 3.51, 3.52, 3.53, 3.54, 3.55, 3.56, 3.57, 3.58, 3.59, 3.60, 3.61, 3.62, 3.63, 3.64, 3.65, 3.66, 3.67, 3.68, 3.69, 3.70, 3.71, 3.72, 3.73, 3.74, 3.75, 3.76, 3.77, 3.78, 3.79, 3.80, 3.81, 3.82, 3.83, 3.84, 3.85, 3.86, 3.87, 3.88, 3.89, 3.90, 3.91, 3.92, 3.93, 3.94, 3.95, 3.96, 3.97, 3.98, 3.99, 4.00.

Satz und Verlag: Rudolf Müller, Berlin.

Satz: „Kunstverlag Müller-Berlin“

## Ist Ihr Haar blond?

Dann erhalten Sie ihm seinen schimmernden Goldglanz! Sein natürliches Pflegemittel, die altbewährte Kamille, war früher nur umständlich anzuwenden.

Heute ist's bequem u. einfach: benutzen Sie „Schwarzkopf-Kamillen-Haarwäsche“. Wöchentlich einmal. Die 2 Mk.-Flasche reicht monatlang.



**Schwarzkopf Kamillen-Haarwäsche**

reinigt durch Seife · kräftigt durch Kamille

# ANALIE „URBIN“-FREUNDE!

Ein Beweis für die Beliebtheit des Namens „Urbini“ ist der Massenandrang zu den Urbini-Weihnachts-Kinderfesten in der Neuen Welt, Hasenheide. Obwohl wir eines der größten Etablissements wählten und trotz Ausgabe einer beschränkten Anzahl von Eintrittskarten konnten wir nicht verhindern, dass infolge des ungeheuren Massenandranges tausende von Gästen ohne gültige Eintrittskarten die Festräume betreten. Zu unserem Bedauern waren wir gezwun-

gen, wegen Ueberfüllung die Säle zeitweise zu schliessen und so kam es, dass manche Inhaber gültiger Eintrittskarten keinen Einlass mehr finden konnten. Wir machen darauf aufmerksam, dass wir infolgedessen gezwungen sind, strengste Kontrolle der Eintrittskarten durchzuführen. Es werden nur noch diejenigen Gäste zugelassen, die im Besitz von Karten mit dem richtigen Datum sind. Die gelben Karten gelten von 4–6 Uhr, die blauen Karten von 6–8 Uhr.

Diejenigen, die wegen der Ueberfüllung am Eröffnungstage unserem Feste fernbleiben mussten, hoffen wir durch unsere hübschen Urbinspiele ein wenig zu entschädigen und weiterhin als unsere Freunde betrachten zu können. Die Urbinspiele gelangen von jetzt ab in allen einschlägigen Geschäften zur Verteilung.

## Urbini-Fabrik Urban & Lemm, Charlottenburg



